

Diering | Timme | Stähler [Hrsg.]

Sozialgesetzbuch X

Sozialverwaltungsverfahren
und Sozialdatenschutz

Lehr- und Praxiskommentar

6. Auflage



Nomos

NOMOSKOMMENTAR

Dr. Björn Diering | Hinnerk Timme

Dr. Thomas P. Stähler [Hrsg.]

Sozialgesetzbuch X

Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz

Lehr- und Praxiskommentar

6. Auflage

Walter Böttiger, Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg | **Dr. Tilman Breitzkreuz**, Leitender Regierungsdirektor, Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Schule und Berufsbildung | **Dr. Björn Diering**, Abteilungsleiter Recht Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek), Berlin, Richter am Nieders. Anwaltsgerichtshof a.D., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Sozialrecht und Verwaltungsrecht, Verden/Aller | **Prof. em. Dr. Heinrich Lang**, Dipl. Sozial-Päd., Universität Greifswald | **Karl Lang**, Rechtsanwalt, Fachanwalt für IT-Recht, Berlin | **Dr. Annette Prehn**, Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten Mecklenburg-Vorpommern | **Wolfgang Siewert**, Präsident des LSG Hamburg | **Dr. Thomas P. Stähler**, Justitiar in Frankfurt/Main | **Hinnerk Timme**, Vorsitzender Richter am LSG Schleswig-Holstein a.D.



Nomos

Zitiervorschlag: LPK-SGB X/Bearbeiter SGB X § ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7214-8

6. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 6. Auflage

Drei Jahre nach dem Erscheinen der 5. Auflage berücksichtigt die Neuauflage die Rechtsentwicklung, aktuelle Rechtsprechung und weitere Literatur zum Sozialverwaltungsverfahren und weiterhin mit einem besonderem Schwerpunkt zum Sozialdatenschutz, nachdem die umfassende Neukommentierung des Zweiten Kapitels des SGB X bereits einen wesentlichen Gegenstand der Voraufgabe gebildet hat.

Berücksichtigung finden in den Kommentierungen der Vorschriften vor allem auch bereits die Änderungen, die durch das Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts zum 1.1.2024 als SGB XIV in Kraft treten werden. Insgesamt sind im Kommentar im abgedruckten Gesetzestext jeweils auch schon die künftig in Kraft tretenden Gesetzesänderungen in eckigen Klammern und Kursivschrift aufgenommen. Direkt eingearbeitet sind hingegen bereits sämtliche zum 1.1.2023, mithin unmittelbar nach Erscheinen der Neuauflage unseres Kommentars in Kraft tretende Gesetzesänderungen, dementsprechend sind diese also auch nicht mehr durch Klammern/Kursivschrift als künftige Gesetzesänderungen ausgezeichnet, so bei §§ 11, 15 und 71 SGB X.

Der Kommentar eignet sich nach wie vor sowohl für Leistungsträger und -erbringer, für andere Rechtsanwender, Richter, Rechtsanwälte und weitere Angehörige rechtsberatender Berufe, auch Landes- und betriebliche / behördliche Datenschutzbeauftragte sowie für Wissenschaft und Lehre im Bereich des Sozialrechts und der sozialen Arbeit.

Das Herausgeber- und Autorenteam ist gegenüber der Voraufgabe unverändert geblieben. Unser aller Dank gilt dem Lektorat des Nomos Verlages, insbesondere Frau Ariane Fünér, für stets konstruktive und tatkräftige Unterstützung bei Vorbereitung und Herausgabe der nunmehr 6. Auflage des Werkes.

Herausgeber wie Autorinnen und Autoren danken außerdem der seit mittlerweile 18 Jahren gewachsenen Leserschaft für das fortbestehende Interesse an unserem Lehr- und Praxiskommentar, Anregungen und Hinweisen über die Verlagsadresse sehen wir auch weiterhin mit Interesse entgegen.

Verden, Fährdorf, Eußenheim im Oktober 2022

Die Herausgeber

Bearbeiterverzeichnis

- Walter Böttiger*, Ministerialrat, Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg (§§ 18–20, Vor §§ 102–114, 102–114)
- Dr. Tilman Breitreuz*, Leitender Regierungsdirektor, Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Schule und Berufsbildung (§§ 1–7, 86–101a, 115–120)
- Dr. Björn Diering* (Hrsg.), Abteilungsleiter Recht Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek), Berlin, Richter am Niedersächsischen Anwaltsgerichtshof a.D., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Sozialrecht und Verwaltungsrecht, Verden/Aller (Einleitung, § 52, Vor §§ 53–61, §§ 53–63)
- Prof. Dr. Heinrich Lang*, Dipl. Sozial-Päd., emeritierter Professor (vormals Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Sozial- und Gesundheitsrecht) an der Universität Greifswald (§§ 8, 16, 17, 21–25)
- Karl Lang*, Rechtsanwalt, Fachanwalt für IT-Recht, Berlin (§§ 45–51)
- Dr. Annette Prehn*, Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten Mecklenburg-Vorpommern (§§ 9–15)
- Wolfgang Siewert*, Präsident des Landessozialgerichts Hamburg (§§ 31–43, Vor §§ 44–51, § 44)
- Dr. Thomas Stähler* (Hrsg.), Justitiar in Frankfurt/Main (Vor §§ 67–85a, §§ 67–85a)
- Hinnerk Timme* (Hrsg.), Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Schleswig-Holstein a.D. (§§ 26–30, 64–66, Anhang: Gerichtsverfahren)

Hinweise für den Gebrauch

Paragrafen ohne Gesetzesangabe sind stets solche des SGB X. Den Kommentierungen der einzelnen Bestimmungen sind zT Literaturverzeichnisse vorangestellt. Hierbei handelt es sich jeweils um eine Auswahl an weiterführender Literatur. Die ebenfalls den (längeren) Kommentierungen vorangestellten Inhaltsübersichten sollen die Arbeit mit dem Kommentar erleichtern. Die häufiger verwendete – und insbesondere die abgekürzt zitierte – Literatur wird im Gesamtliteraturverzeichnis zusammengefasst.

Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	15
Literaturverzeichnis	35
Einleitung	41

Erstes Kapitel Verwaltungsverfahren

Erster Abschnitt Anwendungsbereich, Zuständigkeit, Amtshilfe

§ 1	Anwendungsbereich	55
§ 2	Örtliche Zuständigkeit	58
§ 3	Amtshilfepflicht	63
§ 4	Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe	66
§ 5	Auswahl der Behörde	72
§ 6	Durchführung der Amtshilfe	72
§ 7	Kosten der Amtshilfe	73

Zweiter Abschnitt Allgemeine Vorschriften über das Verwaltungsverfahren

Erster Titel Verfahrensgrundsätze

§ 8	Begriff des Verwaltungsverfahrens	75
§ 9	Nichtförmlichkeit des Verwaltungsverfahrens	82
§ 10	Beteiligungsfähigkeit	92
§ 11	Vornahme von Verfahrenshandlungen	98
§ 12	Beteiligte	108
§ 13	Bevollmächtigte und Beistände	116
§ 14	Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten	134
§ 15	Bestellung eines Vertreters von Amts wegen	137
§ 16	Ausgeschlossene Personen	145
§ 17	Besorgnis der Befangenheit	160
§ 18	Beginn des Verfahrens	164
§ 19	Amtssprache	177
§ 20	Untersuchungsgrundsatz	201
§ 21	Beweismittel	219
§ 22	Vernehmung durch das Sozial- oder Verwaltungsgericht	230
§ 23	Glaubhaftmachung, Versicherung an Eides statt	233
§ 24	Anhörung Beteiligter	239
§ 25	Akteneinsicht durch Beteiligte	249

Zweiter Titel Fristen, Termine, Wiedereinsetzung

§ 26	Fristen und Termine	256
§ 27	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	263
§ 28	Wiederholte Antragstellung	273

Dritter Titel Amtliche Beglaubigung

§ 29	Beglaubigung von Dokumenten	276
§ 30	Beglaubigung von Unterschriften	277

Dritter Abschnitt Verwaltungsakt

Erster Titel Zustandekommen des Verwaltungsaktes

§ 31	Begriff des Verwaltungsaktes	282
§ 31a	Vollständig automatisierter Erlass eines Verwaltungsaktes	314
§ 32	Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt	320
§ 33	Bestimmtheit und Form des Verwaltungsaktes	334
§ 34	Zusicherung	343
§ 35	Begründung des Verwaltungsaktes	350
§ 36	Rechtsbehelfsbelehrung	357
§ 37	Bekanntgabe des Verwaltungsaktes	363
§ 38	Offenbare Unrichtigkeiten im Verwaltungsakt	375

Zweiter Titel Bestandskraft des Verwaltungsaktes

§ 39	Wirksamkeit des Verwaltungsaktes	380
§ 40	Nichtigkeit des Verwaltungsaktes	387
§ 41	Heilung von Verfahrens- und Formfehlern	400
§ 42	Folgen von Verfahrens- und Formfehlern	412
§ 43	Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsaktes	419
	Vorbemerkungen zu den §§ 44 bis 51	427
§ 44	Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes	436
§ 45	Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsaktes	466
§ 46	Widerruf eines rechtmäßigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes	513
§ 47	Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden Verwaltungsaktes	516
§ 48	Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung bei Änderung der Verhältnisse	527
§ 49	Rücknahme und Widerruf im Rechtsbehelfsverfahren	564
§ 50	Erstattung zu Unrecht erbrachter Leistungen	568
§ 51	Rückgabe von Urkunden und Sachen	594

Dritter Titel Verjährungsrechtliche Wirkungen des Verwaltungsaktes

§ 52	Hemmung der Verjährung durch Verwaltungsakt	598
------	---	-----

Vierter Abschnitt Öffentlich-rechtlicher Vertrag

	Vorbemerkungen zu den §§ 53 bis 61	603
§ 53	Zulässigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages	605
§ 54	Vergleichsvertrag	610
§ 55	Austauschvertrag	615
§ 56	Schriftform	619
§ 57	Zustimmung von Dritten und Behörden	624
§ 58	Nichtigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages	629
§ 59	Anpassung und Kündigung in besonderen Fällen	635
§ 60	Unterwerfung unter die sofortige Vollstreckung	642
§ 61	Ergänzende Anwendung von Vorschriften	646

Fünfter Abschnitt Rechtsbehelfsverfahren

§ 62	Rechtsbehelfe gegen Verwaltungsakte	651
§ 63	Erstattung von Kosten im Vorverfahren	661

Sechster Abschnitt Kosten, Zustellung und Vollstreckung

§ 64	Kostenfreiheit	675
§ 65	Zustellung	679
§ 66	Vollstreckung	685

Zweites Kapitel Schutz der Sozialdaten

	Vorbemerkungen zu den §§ 67 bis 85a	689
--	---	-----

Erster Abschnitt Begriffsbestimmungen

§ 67	Begriffsbestimmungen	697
------	----------------------------	-----

Zweiter Abschnitt Verarbeitung von Sozialdaten

§ 67a	Erhebung von Sozialdaten	702
§ 67b	Speicherung, Veränderung, Nutzung, Übermittlung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung von Sozialdaten	709
§ 67c	Zweckbindung sowie Speicherung, Veränderung und Nutzung von Sozialdaten zu anderen Zwecken	715
§ 67d	Übermittlungsgrundsätze	720
§ 67e	Erhebung und Übermittlung zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch und illegaler Ausländerbeschäftigung	724

§ 68	Übermittlung für Aufgaben der Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften, Gerichte und der Behörden der Gefahrenabwehr	725
§ 69	Übermittlung für die Erfüllung sozialer Aufgaben	731
§ 70	Übermittlung für die Durchführung des Arbeitsschutzes	737
§ 71	Übermittlung für die Erfüllung besonderer gesetzlicher Pflichten und Mitteilungsbefugnisse	738
§ 72	Übermittlung für den Schutz der inneren und äußeren Sicherheit	751
§ 73	Übermittlung für die Durchführung eines Strafverfahrens	753
§ 74	Übermittlung bei Verletzung der Unterhaltspflicht und beim Versorgungsausgleich	755
§ 74a	Übermittlung zur Durchsetzung öffentlich-rechtlicher Ansprüche und im Vollstreckungsverfahren	759
§ 75	Übermittlung von Sozialdaten für die Forschung und Planung	765
§ 76	Einschränkung der Übermittlungsbefugnis bei besonders schutzwürdigen Sozialdaten	774
§ 77	Übermittlung ins Ausland und an internationale Organisationen	781
§ 78	Zweckbindung und Geheimhaltungspflicht eines Dritten, an den Daten übermittelt werden	787

Dritter Abschnitt Besondere Datenverarbeitungsarten

§ 79	Einrichtung automatisierter Verfahren auf Abruf	792
§ 80	Verarbeitung von Sozialdaten im Auftrag	797

Vierter Abschnitt Rechte der betroffenen Person, Beauftragte für den Datenschutz und Schlussvorschriften

§ 81	Recht auf Anrufung, Beauftragte für den Datenschutz	804
§ 81a	Gerichtlicher Rechtsschutz	809
§ 81b	Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter	812
§ 81c	Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Europarechtswidrigkeit eines Angemessenheitsbeschlusses der Europäischen Kommission	814
§ 82	Informationspflichten bei der Erhebung von Sozialdaten bei der betroffenen Person	815
§ 82a	Informationspflichten, wenn Sozialdaten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	819
§ 83	Auskunftsrecht der betroffenen Personen	822
§ 83a	Benachrichtigung bei einer Verletzung des Schutzes von Sozialdaten	828
§ 84	Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und Widerspruch	829

§ 84a	[nicht mehr belegt]	834
§ 85	Strafvorschriften	834
§ 85a	Bußgeldvorschriften	835

Drittes Kapitel

Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten

Erster Abschnitt Zusammenarbeit der Leistungsträger untereinander und mit Dritten

Erster Titel Allgemeine Vorschriften

§ 86	Zusammenarbeit	837
------	----------------------	-----

Zweiter Titel Zusammenarbeit der Leistungsträger untereinander

§ 87	Beschleunigung der Zusammenarbeit	840
§ 88	Auftrag	845
§ 89	Ausführung des Auftrags	851
§ 90	Anträge und Widerspruch beim Auftrag	855
§ 91	Erstattung von Aufwendungen	857
§ 92	Kündigung des Auftrags	861
§ 93	Gesetzlicher Auftrag	863
§ 94	Arbeitsgemeinschaften	865
§ 95	Zusammenarbeit bei Planung und Forschung	871
§ 96	Ärztliche Untersuchungen, psychologische Eignungsuntersuchungen	872

Dritter Titel Zusammenarbeit der Leistungsträger mit Dritten

§ 97	Durchführung von Aufgaben durch Dritte	875
§ 98	Auskunftspflicht des Arbeitgebers	878
§ 99	Auskunftspflicht von Angehörigen, Unterhaltspflichtigen oder sonstigen Personen	882
§ 100	Auskunftspflicht des Arztes oder Angehörigen eines anderen Heilberufs	884
§ 101	Auskunftspflicht der Leistungsträger	887
§ 101a	Mitteilungen der Meldebehörden	888

Zweiter Abschnitt Erstattungsansprüche der Leistungsträger untereinander

	Vorbemerkungen zu den §§ 102 bis 114	892
§ 102	Anspruch des vorläufig leistenden Leistungsträgers	910
§ 103	Anspruch des Leistungsträgers, dessen Leistungsverpflichtung nachträglich entfallen ist	922
§ 104	Anspruch des nachrangig verpflichteten Leistungsträgers	938
§ 105	Anspruch des unzuständigen Leistungsträgers	954
§ 106	Rangfolge bei mehreren Erstattungsberechtigten	967

§ 107	Erfüllung	975
§ 108	Erstattung in Geld, Verzinsung	981
§ 109	Verwaltungskosten und Auslagen	985
§ 110	Pauschalierung	987
§ 111	Ausschlussfrist	991
§ 112	Rückerstattung	1005
§ 113	Verjährung	1008
§ 114	Rechtsweg	1014

**Dritter Abschnitt Erstattungs- und Ersatzansprüche der Leistungsträger
gegen Dritte**

§ 115	Ansprüche gegen den Arbeitgeber	1016
§ 116	Ansprüche gegen Schadenersatzpflichtige	1021
§ 117	Schadenersatzansprüche mehrerer Leistungsträger	1034
§ 118	Bindung der Gerichte	1037
§ 119	Übergang von Beitragsansprüchen	1039

**Viertes Kapitel
Übergangs- und Schlussvorschriften**

§ 120	Übergangsregelung	1045
Anhang	Gerichtsverfahren	1049
Stichwortverzeichnis		1137